

Vossische



Zeitung

Gegründet

1704

30 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifenband 2250 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 10^h Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 40 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul Eibau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Die Stickstofflieferungen für Frankreich.

Von

Prof. Dr.-Ing. Mikodem Caro,

Gebl. Reg.-Rat. Dr. der Landwirtschaft u. h.

Bei den französischen Versuchen, eine „Verfehlung Deutschlands“ zu konstruieren, spielt die Ablehnung der Forderung auf Lieferung von 60 000 Tonnen Reinstickstoff auf Reparationskonto eine besondere Rolle. Diese Ablehnung wird von der Pariser Presse als eine „Herausforderung Frankreichs“ bezeichnet. Der Generalkontrollleur Gillet vom Wiederaufbauminiisterium soll dem Vertreter des „Deuwo“ erklärt haben, daß die Behauptung der Reichsregierung, sie brauche den in Deutschland erzeugten Stickstoff selbst, nach Ansicht aller französischen Sachverständigen und zahlreicher deutscher Gelehrten unhaltbar sei...

Sollten diese Pressestimmen die wahre Absicht der französischen Regierung wiedergeben und nicht nur Stimmungsmache sein, so würde hierdurch allerdings ein Beweis des Vernichtungswillens Frankreichs vorliegen.

Stickstoff ist Brot. Ohne zureichende Stickstoffbenutzung würden die Ernten Deutschlands einen noch wesentlich geringeren Ertrag aufweisen, als dies bisher der Fall war. Deutschland erzeugt und verwendet zurzeit rund 340 000 Tonnen Reinstickstoff jährlich. Diese Stickstoffmengen reichen aber nicht aus, um Deutschlands Bedarf zu decken; sie müßten so groß sein, daß die durch ihre Anwendung erreichten Ernteerträge an Getreide, Hackfrüchten und Futtermitteln unseren Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln befriedigen; von diesem Zustand sind wir noch weit entfernt, deshalb muß Deutschland für Milliarden und Milliarden ausländisches Getreide einführen, damit das Volk nicht verhungert.

60 000 Tonnen Reinstickstoff entsprechen 300 000 Tonnen schwefelsauren Ammoniaks. Wenn von den in Deutschland verfügbaren Stickstoffmengen dieser Betrag ausfällt, so bedeutet das eine weitere Verringerung der Ernteerträge um rund 1 500 000 Tonnen Getreide (Roggen, Weizen, Gerste bzw. Hafer) oder um 6 Millionen Tonnen Hackfrüchte (Kartoffeln, Zuckerrüben usw.).

Die Regierung müßte mangels dieser 60 000 Tonnen Reinstickstoff neben den schon jetzt bezogenen Getreidemengen noch rund 1 1/2 Millionen Tonnen Weizen oder Roggen beziehen, deren Wert mehr als 200 Millionen Goldmark beträgt. Da neben dem bestehenden Bedarf an Weizen für Zwecke des Nahrungsmittelbezuges diese 200 Millionen Goldmark nicht zu beschaffen wären, so bedeutet die Wegnahme der 60 000 Tonnen Reinstickstoff eine katastrophale Verschärfung der Ernährungsfrage. Die Forderung Frankreichs nach Ablieferung von 60 000 Tonnen Reinstickstoff ist nichts anderes als die Forderung nach Ablieferung von 1 1/2 Millionen Tonnen Getreide aus dem an sich für die Ernährung unzureichenden Ernteertrag Deutschlands. Ihre Erfüllung würde eine neue Hungerwelle hervorrufen, die derjenigen der Jahre 1918 und 1919 nicht nachsteht.

Daß die Ernteerträge Deutschlands für die Ernährung seines Volkes unzureichend sind, das bedarf wohl keines besonderen Beweises. Die Notwendigkeit, Milliarden Mark für ausländisches Getreide aufzuwenden, redet eine deutliche Sprache. Daß die Verringerung der Stickstoffzufuhr um 60 000 Tonnen Reinstickstoff den Ernteertrag um die angegebene Menge an Getreide bzw. Hackfrüchten mindern wird, das weiß jeder einigermaßen mit der Wirkung des Stickstoffs vertraute Landwirt. Wenn Herr Gillet tatsächlich gesagt haben soll, daß alle französischen Sachverständigen und zahlreiche deutsche Gelehrte der Meinung sind, daß die Angabe der Reichsregierung, Deutschlands Stickstoffproduktion reiche für die Deckung seines Bedarfes nicht aus, unhaltbar sei, so wäre es interessant zu hören, auf Grund welcher Tatsachen die französischen Sachverständigen ihr Urteil abgegeben haben und wer diese angeblichen deutschen Gelehrten sind. Ich kann nach allem, was ich von Herrn Gillet gehört habe, nicht glauben, daß er eine solche oder ähnliche Behauptung auch nur aufgestellt hat.

Durch den Gewaltakt in Genf ist eines der größten Stickstoffwerke Deutschlands mit einem Teile Oberschlesiens an Polen gefallen. Hierdurch ist Deutschland eine Jahresmenge von 30 000 Tonnen Reinstickstoff in Form von Kalkstickstoff verlorengegangen und damit der Ernteertrag Deutschlands um 750 000 Tonnen Getreide jährlich gemindert worden. Die deutsche Kalkstickstoffindustrie kann trotz aller Anstrengungen diesen Ausfall erst in etwa zwei Jahren ausgleichen. — Diese 30 000 Tonnen Stickstoff sind nicht nur der deutschen Wirtschaft verlorengegangen, da die Polen, deren Regierung sofort nach Aechung der neuen Grenze das Chorzower Werk beschlagnahmt hat, nur etwa 1/3 bis 1/4 der Erzeugung kaffen können. Durch die Zwangslieferung an die Entente sind die deutschen Stickstoffwerke gezwungen, ergiebige Kohle zu verwenden und sind in ihrer Ausdehnungsmöglichkeit begrenzt.

Die Forderung Frankreichs erfährt eine besondere Be-

leuchtung noch durch den Umstand, daß in Frankreich selbst Kalkstickstoffwerke mit einer Jahreserzeugungsfähigkeit von rund 50 000 Tonnen Reinstickstoff bestehen, die jährlich nur 10 000 Tonnen Reinstickstoff erzeugen. Angeblich soll für die französische Landwirtschaft Kalkstickstoff nicht so gut geeignet sein wie das geforderte schwefelsaure Ammoniak. Wenn dem auch so wäre, so könnte die französische Stickstoffindustrie mit

Leichtigkeit Kalkstickstoff in schwefelsaures Ammoniak umwandeln und damit den Bedarf der französischen Landwirtschaft voll decken. Aber anstatt diesen Weg zu wählen, verlangen die Franzosen von Deutschland 60 000 Tonnen Reinstickstoff und bezeichnen die notgedrungene Ablehnung als einen neuen Beweis für den „bösen Willen“ und die „verschuldete Verfehlung“ Deutschlands.

Internationale Lösung oder Sanktionen.

Harding für die Wirtschaftskonferenz

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

London, 28. Dezember.

Nach dem Dementi der letzten Woche in der Frage des neuen aktiven Interesses, das Amerika in der Reparationsfrage nehmen wolle, ist schnell die aufsehenerregende Ankündigung des Senators Lodge gefolgt, der als das Sprachrohr des Präsidenten Harding angesehen werden darf.

Senator Lodge hat, wie bereits gemeldet wurde, erklärt, daß der Präsident im Begriff sei, Verhandlungen einzuleiten, um der europäischen Wirtschaftskrise abzuhelfen. Man ist, wie Reuter meldet, in amerikanischen Kreisen der Ansicht, daß Harding ernstlich die Absicht hege, eine Botschaft an den Senat in der Frage dieser Verhandlungen, die er anzuknüpfen beabsichtigt, zu richten. Harding rechnet damit, daß der Kongreß sich nicht in seine Initiative mischen und von vornherein ihr Gelingen kompromittieren werde. Man glaubt weiter zu wissen, daß Harding durch Vermittlung des amerikanischen Staatsdepartements bereits Sondierungen bei mehreren Mächten über die Aufnahme vorgenommen habe, die sie seinem Vorschlag eines Zusammentritts einer Wirtschaftskonferenz bezeitigen würde.

Ob diese Konferenz selber von den Vereinigten Staaten einberufen und in Amerika stattfinden wird oder ob die Vereinigten Staaten an ihr in einer Stadt des Auslandes teilnehmen werden, sind Einzelheiten, die bisher nicht bekannt sind. Jedenfalls würde die Konferenz einberufen, um den Mächten Gelegenheit zu geben, die Weltwirtschaftskrise einer Prüfung zu unterwerfen und gleichzeitig eine Abrüstung herbeizuführen.

*

„Chicago Tribune“ stellt fest, daß in der Sitzung der Reparationskommission am Dienstag, in der die Frage der Holzlieferungen behandelt wurde, keiner der amerikanischen offiziellen Vertreter bei der Reparationskommission anwesend gewesen sei. Logan und Boyden befanden sich in der Schweiz, das dritte Mitglied der amerikanischen Delegation, Lodge, sei zurzeit in Washington.

Englands „letzter“ Versuch.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

London, 28. Dezember.

Der englische Premierminister wird morgen vor dem Kabinett in großen Zügen die Politik entwickeln, die er in Paris vertreten wird. Er hofft, mit voller Unterstützung der Minister nach Paris abreisen zu können. Man hofft hier weiter, daß der Plan, den Bonar Law mitnimmt, eine Grundlage liefern wird, um einen Akkord zwischen den Alliierten zu erreichen.

Was diesen Plan anbelangt, so weist man hier darauf hin, daß es der „letzte Versuch“ von englischer Seite sein werde, eine Lösung der europäischen Finanzprobleme herbeizuführen. Wenn Frankreich diesen Plan nicht annehmen sollte, so würde England seine Haltung dem Festlande gegenüber einer neuen Prüfung unterziehen. In diesem Falle müßte man damit rechnen, daß die englische Politik scharf in das Fahrwasser der Isolierungspolitik getrieben wird, wie man es in den letzten Jahren bei der amerikanischen Politik feststellen konnte.

Rom, 28. Dezember.

Im Ministerrat begründete Mussolini sein Fernbleiben von der Pariser Konferenz, auf der della Torretta mit den italienischen Mitgliedern der Reparationskommission Italien vertreten werde. Die Regierung erklärte sich solidarisch mit der Haltung d'Almeidas in der Bezugserklärung insofern, als die rein technische Seite des Problems in Frage komme. Damit sei aber die politische Seite nicht be-

zührt. Die politische Stellungnahme Italiens stehe noch zur Entscheidung, doch nehmen die der Regierung nahestehenden Blätter an, Italien werde schlußendlich wirtschaftlicher Sanktionen, keinesfalls aber militärischen zustimmen. Die gleichen Blätter unterstreichen besonders in deutlich inspirierten Kommentaren, daß die Bezugserklärung aller politischen Bedeutung entbehre, die man ihr in Paris beilegen wolle.

Paris fordert schriftliche Vorschläge.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 28. Dezember.

An französischer amtlicher Stelle wurde heute abend erneut erklärt, daß nur schriftliche Vorschläge Deutschlands, die in detaillierter Form eine vollständige Regelung der Reparationsfrage und ausreichende Sicherheiten für die Ausführung vorsehen, die Entscheidungen der bevorstehenden Pariser Konferenz beeinflussen können. Man versichert, Frankreich werde sich auf Entgegennahme mündlicher Eröffnungen Deutschlands nicht einlassen. Man scheint in amtlichen Kreisen heute abend zu der Auffassung zu neigen, daß auf annehmbare Vorschläge der Reichsregierung nicht mehr zu rechnen ist, da solche Vorschläge heute, vier Tage vor dem Beginn der Pariser Besprechungen, noch nicht vorliegen. Ich hörte von zuständiger Seite äußern, daß Deutschland sich mit der Unterbreitung der angekündigten Vorschläge beilen müsse, falls es wirklich den Wunsch habe, die Verbündeten im Sinne einer bestimmten Lösung zu beeinflussen.

Die Haltung Deutschlands in der Frage der Holzlieferungen wird in den Kreisen des Quai d'Orsay als ein „unfassbarer politischer Fehler“ bezeichnet. Man erklärt es für unbegreiflich, daß Deutschland der französischen Regierung Gelegenheit geboten habe, wenige Tage vor dem Beginn von Besprechungen, bei denen in gewissem Sinne die Zukunft Deutschlands auf dem Spiele stehe, eine Nichterfüllung, die leicht zu vermeiden gewesen sei, durch die Reparationskommission feststellen zu lassen. Die Behauptung, daß Deutschland außerstande war, die von Frankreich angeforderten Holzlieferungen rechtzeitig auszuführen wird auf französischer Seite für „unhaltbar“ erklärt. Man versichert, die Reichsregierung hätte bei etwas gutem Willen die Lieferungen leicht ausführen können, und zwar ohne Kostenaufwand, da die Staatsforsten das erforderliche Holz liefern konnten. Aber selbst wenn Deutschland das Holz hätte anderswo kaufen müssen, wäre es — so wird am Quai d'Orsay weiter erklärt — ein „Akt politischer Klugheit“ gewesen, dies zu tun, da Deutschland auf keinen Fall ein so „überzeugendes Argument“ für die Notwendigkeit der Sanktionspolitik in die Besprechung werfen durfte.

Poincaré ist, so wird an ausländiger Stelle versichert, fest entschlossen, das „deutsche Verlangen“ in der Frage der Holzlieferungen zu benutzen, um die Verbündeten darauf hinzuwirken, daß Deutschland selbst in einer so unbedeutenden Angelegenheit seinen Verpflichtungen nicht nachkommen wolle, und mit- hin ein aufrichtiger Erfüllungswille für die Gesamtregelung bei Deutschland nicht vorausgesetzt werden dürfe. Die Frage, ob es sich um eine „Nichterfüllung“ schlechthin oder um „vorsätzliche Nichterfüllung“ handele, spiele bei der am Quai d'Orsay vorherrschenden Auffassung nach Lage der Dinge keine Rolle.

Die Presseachricht, daß Poincaré eine Note an Deutschland gerichtet habe, um sich unter gewissen Bedingungen zu Verhandlungen über Deutschlands Vorschläge bereit zu erklären, wird an amtlicher französischer Stelle als erfunden bezeichnet. Zu den Behauptungen einiger Blätter, daß Poincaré jetzt zur Besetzung des Ruhrgebiets entschlossen sei, wird an zuständiger Stelle aufs neue erklärt, daß derartige Ausstreunungen mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen seien. Die Absichten Frankreichs seien nur wenigen Eingeweihten bekannt und würden streng geheim gehalten.

*

Wie wir hören, ist die Beratung über die deutschen Vorschläge im Reichskabinett so weit gefördert, daß ihre endgültige Formulierung unmittelbar bevorsteht.